

Welthandel

Ring frei

Bei Erscheinen dieser Ausgabe wird die Millenniumsrunde der Welthandelsorganisation WTO eröffnet sein. Die Wortwahl erinnert an Kampfsportveranstaltungen: Seattle – eine Arena, in der widerstrebende Interessen zu einem Ausgleich gebracht werden sollen, den am Ende alle Beteiligten akzeptieren können. Die WTO, seit fünf Jahren Nachfolgerin des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT, gilt als Agentur der Globalisierung. Die Fortschritte in der Liberalisierung des Welt Handels sind nicht zu übersehen, die Zunahme seit der Uruguay-Runde übertraf selbst die kühneren Erwartungen, Zufriedenheit und Harmonie herrschen aber keineswegs.

Die Gleichheit der (nominell) 135 Mitglieder steht nur auf dem Papier, die USA und, mit einigem Abstand, die EU haben weit mehr Einfluß als die 100 Entwicklungsländer unter den Mitgliedern. Die Streitfälle der letzten Jahre zeigen, daß beiden Mächten der eigene Vorteil im Zweifel wichtiger ist als die Beschlüsse der WTO, nach dem Motto: »Es lebe der Freihandel (wenn er uns nützt)«. Gleichgültig, welche Beschlüsse gefaßt werden: die Divergenz der Entwicklungen der Mitglieder und der Nichtmitglieder wird anhalten. Und selbst im Kreis der Mitglieder nehmen die Entwicklungsunterschiede weiter zu, weil in Wirklichkeit nicht die vielbeschwo renen Gemeinsamkeiten, sondern Macht und Eigeninteresse dominieren. Symptomatisch dafür ist der Streit über die Tagesordnung.

Der Abbau der Importzölle war schon keine leichte Aufgabe, die Diskussion nichttarifärer Handelshemmnisse aber rührt vielfach an Überzeugungen, die sich nicht globalisieren lassen. In Vorgesprächen wird deshalb schon lange versucht, sich auf Maßstäbe zu einigen, zum Beispiel soll für Fleisch von Tieren aus hormon gestützter Aufzucht nach amerikanischen Vorstellungen der Maßstab der wissenschaftlichen Unbedenklichkeit ausreichen, während andere Länder eine kulturell begründete Abwehr zulassen wollen. Die Gegner der Globalisierung sprechen außerhalb der USA von Amerikanisierung als einem Angriff auf die Kulturen ihrer Länder und innerhalb der USA von Kommerzialisierung von Lebensbereichen, die davon ausgenommen werden sollten. Da die WTO den Gegnern keinen Beobachterstatus zubilligt, wird mit lautstarken Protesten »außerhalb« gerechnet.

China, eines der Gründungsmitglieder des GATT, mit seiner Bevölkerung von mehr als 1,2 Milliarden Menschen (das ist ein Fünftel der Weltbevölkerung) neuntgrößte Handelsmacht der Erde, ist nach 13 Jahren Verhandlungsdauer wohl endgültig auf dem Weg, in die Mitgliedschaft zurückzukehren. Für die Ratifizierung des amerikanisch-chinesischen Abkommens im amerikanischen Kongreß gibt es gute Chancen, allerdings keine Garantie angesichts zunehmender Abkehr vom Gedanken des Freihandels (wenn er nichts nützt). Bisher fehlende Vereinbarungen vor allem

mit der EU und Kanada dürften in Kürze folgen. Wegen der Meistbegünstigung deckt das Abkommen mit den USA etwa 80% der europäischen Themen bereits ab. Die formelle Mitgliedschaft ist allerdings an eine Wartezeit von 30 Tagen gebunden, dennoch wird die Millenniumsrunde mit China als Beobachter eröffnet werden. Formell ist damit auch der Weg für die Mitgliedschaft Taiwans frei. – Rußland dagegen hat sich durch den Rückfall in die Großmachtattitüde sichtbar disqualifiziert.

Die Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) hat zur Vorbereitung auf die Millenniumsrunde der WTO eine beschämende Bilanz vorgelegt. Die Entwicklungsunterschiede werden größer, weil die entwickelten Staaten nach wie vor genau die Märkte abschotten, welche die Entwicklungsländer beliefern können: diejenigen für landwirtschaftliche Produkte, Textilien, Lederwaren u.a. Die OECD-Länder (der »Club der Reichen«) geben jährlich doppelt so viel Geld zur Stützung ihrer Landwirtschaften aus wie die Entwicklungsländer insgesamt durch Exporte Erlösen. Und durch Exportsubventionen machen sie den Entwicklungsländern auf den Weltmärkten unlautere Konkurrenz. Es lebe der Freihandel.

Die bemerkenswerteste Karriere im politischen Ringen haben zweifellos die Nichtregierungsorganisationen (NGO) gemacht, die nicht nur selber an den Verhandlungen teilnehmen, sondern auch vielfach im Hintergrund spürbar Einfluß nehmen auf die offiziellen Haltungen der Regierungen. Ihr gemeinsames Anliegen, bei allen Unterschieden im Einzelnen, ist die Einordnung der wirtschaftlichen Ziele in ein gesamtgesellschaftliches Wertesystem, in dem vor allem soziale und Umweltstandards betont werden. Die Verlagerung der Diskussion vom eigentlichen Freihandel in den nichttarifären Bereich kommt einigen Regierungen offenbar entgegen. Einige Oppositionsgruppen haben sich der Umarmungspolitik entzogen und bereiten sich darauf vor, ihre Standpunkte außerhalb der Konferenzräume zu vertreten.

Klimakonferenz 1999

Schmutzige Tricks

Ein Deutscher produziert im Durchschnitt jährlich das 144fache seines Gewichtes an Kohlendioxid (wobei 75 Kilogramm Körpergewicht unterstellt werden), ein US-Amerikaner das 273fache, ein Franzose das 83fache. Alle OECD-Staaten ohne die USA produzieren zusammengenommen weniger Emissionen (5.218,4 Mio. Tonnen) als die USA allein (5.470,5 Mio. Tonnen). Für umgerechnet 1 \$ Bruttoinlandsprodukt werden an Emissionen freigesetzt: 190 Gramm in der Schweiz, 1030 Gramm in Südkorea (480 Gramm in Deutschland).

Die in der OECD zusammengeschlossenen Staaten sind die am höchsten industrialisierten und zugleich die größten Luftverschmutzer. Die Zahlen zeigen, wie groß die Unterschiede allein in diesem Kreis sind. Die Schadstoffemissionen müssen reduziert werden, darin sind sich alle einig. Eine Formel für einen allseits als fair angesehenen weltweiten Abbau gibt es nicht. Jede Reduktion ist willkommen –

außer derjenigen im eigenen Land, denn die setzt Verhaltensänderungen voraus, welche einerseits mit den Beschlüssen beabsichtigt sind, andererseits aber als zu schmerzlich empfunden werden. Dieses Dilemma gebar die Idee, Emissionseinsparungen gegen Bezahlung woanders vornehmen zu lassen: eine völlig unbegreifliche Perversion des Denkens. Die alljährlichen Weltklimakonferenzen belasten mit ihrer »heißen Luft« das Klima zusätzlich.

Weltfinanzsystem

Die Rolle der Beobachter

Die Naturwissenschaftler haben in diesem Jahrhundert gelernt, daß Beobachtung verändert, die Ökonomen berücksichtigen diese Erkenntnis offenbar noch unzureichend. Im Streit um die Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird immer wieder untersucht, ob die Vorboten der Krisen nicht wahrgenommen wurden, ob auf die Wahrnehmungen nicht aufmerksam gemacht wurde und ob die notwendigen Korrekturen nicht veranlaßt wurden. An den Beobachtungen lag es nicht, an Warnungen hat es auch nicht gefehlt. Auf der Suche nach einer neuen Architektur für die Bretton-Woods-Institute (IWF und Weltbank mit Tochter- und Schwesterinstitutionen) sollte die Rolle der Beobachter im Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Institutionen nicht ausgespart bleiben.

Eine Folge der Diskussion im Anschluß an die Asien-Krise ist die umfangreichere und beschleunigte öffentliche Berichterstattung. Die Akteure des Geschehens bilden kein geschlossenes System. Es sind souveräne Regierungen, private Unternehmen (einschließlich privater Banken) und eben die Weltfinanzinstitutionen, die von den Mitgliedsländern unterhalten werden. Die Interessen der Beteiligten sind keineswegs gleichgelagert. Durch das Eintreten der öffentlichen Institutionen im Krisenfall entsteht eine Asymmetrie von Risiken und Chancen, die von privaten Unternehmen für sich genutzt werden können. Die öffentliche Berichterstattung schafft geradezu Spielräume für schädliches spekulatives Verhalten mit begrenztem Risiko. Das »Sprungtuch« soll Mitgliedsländer auffangen, die ohne wesentliches Verschulden in eine Notlage geraten. Private Investoren und deren Finanziere sollten im Stande sein, Chancen und Risiken abzuwägen und ihr autonomes Handeln zu verantworten. Die öffentliche Berichterstattung wäre dann ein Instrument der Gemeinschaft, um einzelne Mitgliedsländer auf Kurs zu halten, in Verbindung mit der Drohung, das Sprungtuch zu verweigern, wenn gegen den Rat gehandelt wird. Die Entlastung der Etats würde dann ohne höhere Beitragszahlungen Spielräume für das geplante Sozialprogramm schaffen. Dieses Programm soll vor allem denjenigen zugute kommen, die existentielle Risiken tragen, ohne jemals eine faire Chance gehabt zu haben.

Electronic Commerce

Zwischen Regelung und Regulierung

Der elektronische Handel ist der wichtigste Hoffnungsträger weltweit für weiteres wirtschaftliches Wachstum. Ein globales Ereignis ist er auch durch seine Eigenart, sich nationalen Regelungen zu entziehen. Aus der Sicht der Unternehmen soll der elektronische Handel dem Zugriff des Staates möglichst entzogen bleiben, gleichzeitig braucht er Sicherheit und Rechtsverbindlichkeit. Einen Weg der Regelung zu finden, ohne sich nationalen Regulierungen zu unterwerfen, ist nicht unmöglich – vorausgesetzt, man sieht den elektronischen Handel als exterritorial an. Hierin steckt der Kern des Problems.

Die Welthandelsorganisation empfiehlt, den elektronischen Handel von Zöllen freizuhalten. Da der weitere Abbau von Zöllen ohnehin auf den Fahnen der WTO steht, sprengt dieser »Vorgriff« nicht das System. Die Staaten aber haben das Problem, daß sie gleichartige Vorgänge steuerlich nicht ungleichartig behandeln, also zum Beispiel den traditionellen Handel der Umsatzsteuer unterwerfen, den elektronischen Handel mit den selben Gütern aber davon freistellen dürfen. Außerdem kann sich der Staat nicht aus der Fürsorge für seine Bürger verabschieden, vom Jugendschutz und Verbraucherschutz bis hin zur Verfahrensregelung von Rechtsstreitigkeiten (zum Beispiel Vorschriften über den Gerichtsstand) aus dem elektronischen Handel.

Die Einschätzung des elektronischen Handels reicht vom Megageschäft der Zukunft bis zum zarten Pflänzchen, das vor der kalten Hand des Staates, insbesondere derjenigen des Finanzministers, zu schützen ist. In diese Situation stößt ein Vorschlag der privatwirtschaftlichen Unternehmer-Initiative »Global Business Dialog on Electronic Commerce (GBDe)«, der auf freiwillige Verpflichtung setzt. Daß Umsätze von 1 Billion Dollar im Jahr 2003 (wie eine Schätzung lautet) am Fiskus vorbei getätigt werden können, wird darin nicht ernsthaft angenommen. Die Unternehmen drehen den Spieß um und rufen den Staaten (unausgesprochen) zu, sie sollen die Globalisierung als Chance begreifen, sich rechtzeitig anpassen und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Die Diskussion über die Steuerharmonisierung in der EU zeigt, wie solche Probleme nach alter Art angegangen und – nicht – gelöst werden. Ob das Internet solche Verkrustungen absprengen kann, bleibt wieder einmal abzuwarten.

Deutschland

Konjunktur 2000

Bescheidener Aufschwung

Das Herbstgutachten der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt eine leichte Aufwärtsentwicklung, die allgemein als Aufschwung bezeichnet wird. Er-

staunlicherweise weichen die Einzelschätzungen für das laufende Jahr stärker voneinander ab (zwischen 1,3% und 2,1%) als diejenigen für das kommende Jahr (zwischen 2,3% und 2,7%). Im Gemeinschaftsgutachten werden Zuwächse um 1,4% (1999) bzw. 2,7% (2000) erwartet – vorausgesetzt, die Unwägbarkeiten neutralisieren einander in etwa. Bricht die amerikanische Konjunktur stärker ein als angenommen oder setzen sich protektionistische Kräfte durch (was vor der Präsidentschaftswahl und nach einem Rekorddefizit in der Handelsbilanz ja nicht auszuschließen ist) oder purzeln die Kurse, dann könnte der ganze schöne Aufschwung dahin sein. Die Globalisierung zwingt zu einem Tempo der Anpassung, das nicht nur viele Reformländer nicht vorlegen können – auch Deutschland und Japan, zum Beispiel, tun sich äußerst schwer damit.

Der Internationale Währungsfonds hat probeweise veröffentlicht, was früher unter Ausschluß der Öffentlichkeit weitergegeben worden wäre: einen Bericht über Deutschland. Das Lob für die Sparpolitik wurde ausführlich gewürdigt, der Tadel für die Beschäftigungspolitik löste allenfalls heimliche Bedenken aus. Die Vorwürfe beziehungsweise Empfehlungen sind nicht neu: mehr Flexibilität bei den Löhnen, weniger großzügig bemessene und leicht zu erlangende Sozialleistungen und deutlich niedrigere Lohnnebenkosten (was für die Rentenbeiträge bedeutet, daß eine Ergänzung der öffentlichen Systeme durch private angemahnt wird). In die selbe Kerbe schlug wenig später auch die Europäische Union, die ihre Leitlinien für höhere Beschäftigung hierzulande besonders schlecht in geltendes Recht umgesetzt sieht. Die Bundesregierung dagegen, die sich erklärtermaßen an ihren Erfolgen in der Beschäftigungspolitik messen lassen will, setzt fast ausschließlich auf wirtschaftliches Wachstum, was den Vorzug der Schmerzlosigkeit mit den Nachteilen verbindet, erstens nicht gesichert zu sein und zweitens die fundamentalen Strukturprobleme unangetastet zu lassen.

Bevölkerung

Wir schrumpfen

Während die Weltbevölkerung explodiert, scheint der Implosionsprozeß der deutschen Bevölkerung unaufhaltsam zu sein. Die typische Wohlstandserscheinung abnehmender Geburtenzahlen wird zwar schon lange beobachtet, aber es gab immer wieder Entwicklungen, welche den Schwund unterm Strich ausglich. Dazu zählten langfristig die Verlängerung der Lebensdauer, über Jahre hinweg die Wandergewinne durch Einbürgerungen von Ausländern und vorübergehend Sonderanlässe wie die deutsche Vereinigung und die Rückwanderung von Auslandsdeutschen.

Die Verlängerung der Lebensdauer hat neben positiven auch negative Wirkungen in einem Sozialsystem, das durch den Begriff »Generationenvertrag« gekennzeichnet ist, weil immer weniger Beitragszahler immer mehr Rentenempfänger ernähren müssen. Die höhere Reproduktionsrate der Ostdeutschen hat seit der Vereinigung

um 42% abgenommen. Wanderungsgewinne schließlich sind nicht mehr zu erwarten, eher das Gegenteil. Alle Einflüsse zusammengenommen, ergibt sich das Bild einer schrumpfenden und dabei alternden Bevölkerung.

Die mit dieser Entwicklung verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme sind es wahrlich wert, gründlich untersucht und in verträglicher Weise zurückgeführt zu werden. Ein Umdenken ist allenthalben spürbar, ein Umlenken nicht. Der Generationenvertrag bedeutet ja nichts anderes als daß die Rentenkassen von der Hand in den Mund leben. Was heute eingezahlt wird, trägt keine Zinsen, sondern wird heute wieder ausgegeben. Eine Ablösung des Systems der öffentlich verordneten Daseinsvorsorge durch freiwillige Vorsorgeleistungen erfordert einen klaren Schnitt: Irgendwann wird es erstmals einen Jahrgang geben, der nicht rentenversicherungspflichtig ist, sondern selber für sein Alter vorsorgen muß. Dabei wird eine zuerst größer, dann wieder kleiner werdende Deckungslücke durch Steuergelder geschlossen werden müssen.

Diesem Gedanken steht eine Staatsverschuldung im Wege, die wenig Spielraum für große Reformen läßt und die auch nicht weiter zunehmen darf, sondern, gemäß den Maastricht-Kriterien, stetig zurückgeführt werden muß. Die Einbettung in die EU stellt nicht die einzige Verschärfung dieses Problems dar. Der zunehmende Standortwettbewerb kann leicht dazu führen, daß die Jüngeren dieses spezielle »Erbe« schlicht ausschlagen und in »freundlichere« Länder ziehen, denn sie »müssen« die Rentenempfänger keineswegs ernähren. Die größte Gefahr geht von der Verschleppung des Problems aus. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, gerade auch der Exportwirtschaft, wird mehr von innen bedroht als von außen.

Europäische Union

Europäische Zentralbank

Unschärfen in der Berichterstattung

Die EZB hat die Zentralbanken der Mitgliedsländer beerbt, was ihre Kompetenz und Verantwortung angeht – in Analyse und Berichterstattung steht sie noch am Anfang. Die Beobachtung von elf Mitgliedsländern, die Verdichtung der nationalen Daten und schließlich die Übersetzung der Monats- und der weiteren Berichte für die Publikation in elf Sprachen stellen allerdings auch eine weltweit einzigartige Schwierigkeit dar.

Als Hüterin der Stabilität des Geldwertes in der Euro-Zone und des Außenwertes des Euro, gemessen am Devisenkurs gegenüber dem Dollar, kommt sie allerdings nicht umhin, möglichst rasch volle Professionalität und damit Ansehen und Einfluß im Kreise der großen Notenbanken und anderer Institutionen zu gewinnen. Im Bereich der Neuemissionen in den internationalen Bondmärkten ist der Euro inzwi-

schen die wichtigste Währung. Entsprechend hoch sind die Ansprüche vor allem der institutionellen Anleger an Transparenz und Zuverlässigkeit der Berichterstattung.

Im Vergleich zum Standard der großen Notenbanken, auch der nationalen Vorläufer in der Euro-Zone, werden insbesondere regelmäßige Prognosen zur Inflationsentwicklung als wichtigstem Maßstab für die Stabilitätspolitik vermisst. Die Vorstellung, die EZB wisse selber nicht so genau, wie sich die Kaufkraft des Euro verändere, wäre unerträglich, denn hier wäre der Kern der Aufgabenstellung berührt. Kritik trifft die EZB auch wegen fehlender Aussagen über die jeweils geplante Entwicklung der Geldmenge in ihren unterschiedlichen Aggregaten. Der Euro-Start gilt im allgemeinen als gelungen. Ernsthafte Belastungsproben hat die neue Währung noch nicht bestehen müssen. Das in solchen Fällen nötige Vertrauen will vorher verdient sein. Eine allen berechtigten Ansprüchen genügende »Geschäftsführung« gehört unabdingbar dazu.

Binnenmarkt

Torso

Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes läßt auf sich warten. In wesentlichen Bereichen herrscht ein Nebeneinander von gemeinschaftlichen und unterschiedlichen nationalen Regeln. Eine Gemeinschaftsanstrengung hat erfahrungsgemäß eines von zwei möglichen Schicksalen zu erwarten: entweder sie scheitert (wie die Quellensteuer auf Kapitalerträge) und es bleibt bei nationalen Vorschriften, oder sie kommt zustande (wie das Reinheitsgebot für Schokolade) und wird dann mehr und mehr durchlöchert.

Die Defizite im Innern sind groß, vor allem im Dienstleistungs- und im Kapitalverkehr. Sie betreffen daneben aber auch die gemeinsame Außengrenze, also die Außenwirtschaft der Mitgliedstaaten im Verhältnis zu Drittstaaten. Die Zollunion und die gemeinschaftlich geregelte Abwehr von Einfuhrgütern nach festgestellter unzulässiger Subventionierung oder Dumping können nicht darüber hinweg täuschen, daß wesentliche Elemente weiterhin national geregelt sind. Dazu gehört der nicht mit Warenlieferungen verbundene Dienstleistungsverkehr ebenso wie das weite Feld der Exportförderung. Es gibt weder einheitliche Vorschriften zur Subventionierung von Ausfuhren noch einen gemeinsamen Markt für Exportkreditversicherungen und verwandte Dienstleistungen. In diesen Bereichen treten die Mitgliedstaaten als Konkurrenten gegeneinander an.

Viele Märkte könnten dem Gemeinschaftsregime unterstellt werden, wenn es gelänge, die nationalen Egoismen zügig abzubauen, einige andere sind mit Traditionen, Mentalitäten und Rücksichtnahmen belastet, die einen Übergang erschweren. Diskussionen über Nahrungsmittel füllen täglich die Zeitungsspalten (Bananen, genmanipulierte Organismen, Hormongaben in der Tierzucht, BSE). Arzneien, Heil- und Pflegemittel sind vielfach in soziale Systeme integriert, die ihrerseits nicht zur Vereinheitlichung anstehen. Ein einheitliches Steuersystem ist nicht zu er-

warten, gleichwohl müßte es gelingen, das schwer zu durchschauende Mehrwertsteuerregime zu vereinfachen und sogar die Steuersätze zu vereinheitlichen. Die beitrittswilligen Länder bringen weitere Eigenheiten mit. Die Gefahr, daß aus dem bisherigen Neben- ein Durcheinander wird, ist nicht zu übersehen.

Electronic Commerce

Electronic Signature

Der elektronische Handel braucht Sicherheit. Ein wesentliches Element ist die für beide Seiten verbindliche elektronische Unterschrift. Das Verfahren ist in den USA erprobt: So genannte Zertifizierungsdienste, die ihrerseits einem aufwendigen Zulassungsverfahren unterliegen, bieten Unternehmen Zertifikate an, welche sie im elektronischen Handel miteinander einsetzen. Neu daran ist eine für die EU verbindliche einheitliche Regelung, die eine Art elektronischen Binnenmarkt schafft.

Die Technik steht, das Anwendungsverfahren ist beschlossen. Jetzt fehlt noch die Verankerung in den nationalen Rechtssystemen. Was durch diese vergleichsweise zügig beschlossene Rahmenrichtlinie tatsächlich gewonnen ist, ist leider nicht allzu viel, denn es gibt bekanntlich kein Euronet im Internet. So gesehen, haben die EU-Mitgliedstaaten praktisch nicht viel mehr geleistet, als sich über ihre Verhandlungsposition in der Millenniumsrunde der Welthandelsorganisation zu verständigen.

Erweiterung

Dynamik und Flexibilität

Das europäische Haus ist noch lange nicht vollendet, da müssen die Baupläne dringend überarbeitet werden. Die innere Entwicklung bietet ein differenziertes Bild, das durch das so genannte »opting out« entstanden ist (genehmigte Ausnahmen von der Teilnahme am allgemeinen Fortschritt, zum Beispiel am Schengener Abkommen oder an der Währungsunion). Die Verhandlungen mit den weiteren beitrittswilligen Staaten zeigen, daß künftig Regel und Ausnahme die Plätze tauschen werden. Die Regel wird sein, daß die Teilnahme an einem Fortschritt innerhalb der Gemeinschaft ausdrücklich gewollt und akzeptiert wird (»opting in«): Differenzierung durch Fortschreiten statt durch Zurückbleiben.

Dieses Verfahren kann den beitrittswilligen Ländern eine Entwicklung ermöglichen, bei der sie mit einem Bein drinnen und mit dem andern draußen stehen. Das Modell dafür gibt es gewissermaßen schon in Gestalt des Europäischen Wirtschaftsraumes. Dort gilt der Grundsatz: Kooperation statt Integration, in einem EWR-Ost könnte als abgewandelter Grundsatz gelten: schrittweise Integration. Das Voraus-eilen der Rechte bei abgestufter Übernahme von Pflichten soll dem Integrationsprozeß ein großes Maß an Eigendynamik bringen und ihn damit insgesamt beschleunigen. Die Ansprüche an die institutionellen Reformen nehmen auch aus dieser Perspektive zu: Das Modell des geschlossenen Clubs, der wichtige Beschlüsse einstimmig faßt muß einem wie auch immer gearteten »demokratischen« Modell

mit Mehrheitsbeschlüssen weichen, vielleicht sogar einem, das den Grad der Integration berücksichtigt.

EU-Südafrika

Na dann prost!

Südafrika hat erreicht, worum andere Entwicklungsländer noch ringen: ein Abkommen mit der EU, das unter anderem die zollfreie Einfuhr von 32 Mio. Liter Wein jährlich vorsieht. Strittig sind die Etiketten: Grappa und Ouzo, Sherry und Porto, Château und Domaine, Spätlese und Auslese ... in Europa sind die Begriffe eingeführt, werden gegenseitig respektiert und von den Verbrauchern entsprechend wahrgenommen. Die Afrikaner wollen sich daran nicht halten. An Wein und Spirituosen herrscht bekanntlich kein Mangel, im Gegenteil, der Wettbewerb ist hart, ein Grappa verkauft sich da gewiß besser als ein namenloser afrikanischer Tresterbranntwein. Das in zähem Ringen erzielte Rahmenabkommen, das zum 1. Januar 2000 in Kraft treten sollte, ist nun begreiflicherweise in Frage gestellt.

In Europa wird vermutet, daß in Afrika auf ein Präferenzabkommen der Welt handelsorganisation spekuliert wird, das einer Gruppe von Entwicklungsländern den freien Marktzutritt zu den entwickelten Ländern eröffnen soll. Das aber wird auch in der WTO nicht die Freiheit einschließen, Marken- und Schutzrechte zu mißachten. Übrigens hat der amerikanische Senat das Vorhaben gerade erneut zurückgewiesen, so daß das WTO-Abkommen zunächst nicht zustande kommen wird. Ob da die Taube in der Hand nicht doch dem Haselhuhn im Busche vorzuziehen wäre?

Amerika

USA

Nachfragesogkonjunktur

Während die Statistiker hin und her rechnen, stürmen die Verbraucher die Läden und die Websites und geben mehr Geld aus, als sie haben. Der Nachfragesog ist es, der den seit acht Jahren anhaltenden Dauer-Boom am Laufen hält, darin sind sich alle einig. Im dritten Quartal 1999 wurden die Erwartungen wieder übertroffen (saisonbereinigt werden 4,8% Wachstum gemeldet, nach 1,9% im zweiten und 3,7% im ersten Quartal).

Die Vorreiterrolle der USA ist schon fast zum geflügelten Wort geworden. Auf einem Gebiet allerdings hielten die Amerikaner bisher an einer Tradition fest, die sich hemmend auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkte: das Trennbankensystem, das aufgrund der Erfahrungen in der Depressionszeit der dreißiger Jahre durch das so genannte Glass-Steagall-Gesetz eingeführt worden war. Darunter versteht man ein Bankensystem aus lauter Spezial- oder Spartenbanken. Den Gegensatz hierzu stellt das Universalbanksystem dar, in dem Banken jeweils alle Bankgeschäfte tätigen dürfen (wie es im wesentlichen in Deutschland der Fall ist). Dieses Trenn-

bankensystem war in den letzten Jahren durchlöchert worden und wird nun ganz aufgegeben. Ab dem Jahr 2000 werden Universalbanken zugelassen. Es wird erwartet, daß eine weitere Fusionswelle die amerikanische Bankenwelt erfassen wird, weil die Spezialbanken bemüht sein werden, sich durch Zukäufe zu »universalisieren«.

Das amerikanische Selbstverständnis schließt die Forderungen »jedem eine faire Chance« und »Wohlstand für alle« ein. Die Ära Clinton geht zu Ende, der amerikanischen Wirtschaft hat sie den längsten Boom ihrer Geschichte beschert und der Regierung Haushaltsüberschüsse. Wie steht es mit der Teilhabe am Wohlstand? Der amerikanische Kongreß begann 1977 Daten zur sozialen Schichtung der Bevölkerung zu sammeln. Ein Rückblick auf diese 22 Jahre zeigt deutlich, daß das reichste Prozent der Bevölkerung sein Einkommen nach Steuern um 115% steigern konnte, während das ärmste Prozent der Bevölkerung 9% verlor. Jeder fünfte Haushalt kann seine Grundbedürfnisse nicht befriedigen (»Essen oder Medikamente«), jedes vierte Kind wächst in Armut auf. Die Kriminalität nimmt zu. Zum Ende seiner Amtszeit legt Clinton deshalb ein Programm zur Bekämpfung der Armut vor. Es ist nicht das erste in der amerikanischen Geschichte – und wohl auch nicht das letzte.

Asien und Australien

Asiatisch-Pazifischer Raum

Im Schatten politischer Konflikte

Die Tagungen der letzten Zeit waren mehr oder weniger deutlich überschattet von den neuen bzw. neu aufgebrochenen politischen Konflikten in Ost-Timor, Tschechien und Pakistan, zu schweigen von den Dauerkonflikten, für die keine Lösung in Sicht ist. Das gilt für die Asia Pacific Economic Cooperation (APEC), für den Ostasiengipfel des Weltwirtschaftsforums und – in abgeschwächter Form – auch für das Asia Europe Meeting (ASEM). Ob die Übereinstimmung über die Ziele der einzelnen Zusammenschlüsse ohne diese Konflikte größer wäre, als sie ist, muß allerdings bezweifelt werden.

Auf dem APEC-Gipfel wurde die zuversichtlich stimmende Zahl von 29 Mrd. \$ an Nettomittelzuflüssen nach Asien im Jahr 1999 genannt (nach erst 8 Mrd. \$ im Vorjahr). Aber auch Sorgen wurden geäußert. Mit Blick auf die letzte Asienkrise werden vor allem die Hedge-Fonds beobachtet, die von Offshore-Zentren aus operieren und das Gespenst einer Spekulation wachhalten, welcher der asiatische Raum trotz der spürbaren Erholung nicht gewachsen wäre. Im eigenen Wirtschaftsraum kommt China allein aufgrund seiner Größe eine Rolle zu, die – in Verbindung mit der nicht immer rational nachvollziehbaren Politik der chinesischen Regierung – Raum für massive Befürchtungen läßt. Eine Ende der chinesischen Reformpolitik wäre eine Belastung für den gesamten asiatischen Wirtschaftsraum.

China

20 Jahre Reformkurs

Die Abhängigkeit der chinesischen Exporte von den Konjunkturen in den asiatischen Nachbarländern war in den letzten Jahren hauptverantwortlich dafür, daß der Wachstumsprozeß deutlich schwächer vorankam. Der strukturelle Umbau dagegen begleitet den ganzen Prozeß, er ist nur mal stärker, mal schwächer spürbar, je nachdem, in welchem Maß das Wachstum die Schmerzen der Anpassung überlagert. Mit dem Wiederanspringen der wichtigsten Konjunkturmotoren kommt der Wachstumsprozeß in China nun auch wieder stärker voran. Staatliche Lenkungsmaßnahmen tragen das ihre dazu bei. Auf der einen Seite wurde eine Zinsabschlagsteuer beschlossen, die seither zu massiven Abhebungen von den Sparkonten führt (das Sparvolumen beläuft sich auf umgerechnet 720 Mrd. \$), welche sich zum Teil als Konjunkturstütze ebenso bemerkbar machen wie die andererseits rückwirkend beschlossene Erhöhung der Bezüge im öffentlichen Dienst. Die Kauflust wird allerdings gebremst durch die Deflation, welche längeres Zuwarten durch niedrige Preise belohnt. Alles in allem dürften aber etwa 7% Wachstum im Jahr 1999 erreicht werden, Tendenz: wieder steigend.

Der Reformkurs als solcher wird nicht in Frage gestellt. Chinas Führung legt zwar Wert darauf, keinem bestimmten Modell als Vorbild verpflichtet zu sein, sondern einen »chinesischen« Weg zu suchen, unterstreicht aber, daß die schrittweise wirtschaftliche Öffnung des Landes beibehalten werde. Die Förderung des privaten Sektors, auch durch Zulassung ausländischer Beteiligungen an kleinen und mittelgroßen Betrieben, läßt gleichwohl keinen Zweifel daran aufkommen, daß der staatliche Sektor als solcher beibehalten werden soll. Die Betriebe sollen modernisiert und leistungsfähig gemacht, nicht aber privatisiert werden. Die größeren Unternehmen sollen in Aktiengesellschaften umgewandelt werden, an denen der Staat jeweils Mehrheitsbeteiligungen behalten will.

Die größte Sorge bereitet der Arbeitsmarkt, wenn man diesen Ausdruck verwenden will für ein schwer überschaubares Konglomerat von sozialen Folgen, die gemildert werden müssen, von Wanderungsbewegungen in die städtischen Wirtschaftszentren hinein bis hin zu der im wesentlichen noch erst zu leistenden Qualifizierung für die Tätigkeit in High-Tech- und Dienstleistungsbranchen, welche noch im Aufbau sind.

Der chinesische Weg, dies kann man nach 20 Jahren Reformkurs sagen, führt zu einer Annäherung der ehemals konträren Systeme. Die Fortschritte nötigen dem Beobachter bei allen Vorbehalten im einzelnen auch Bewunderung ab: ein Entwicklungsland mit einer Bevölkerung von mehr als 1,2 Milliarden Menschen auf einem Eilmarsch in die internationale Wettbewerbsfähigkeit – man vergleiche nur, wie schwer sich Länder wie Japan oder Deutschland tun, vergleichsweise überschaubare strukturelle Anpassungen auf höchstem wirtschaftlichen Niveau sozialverträglich zu bewältigen.

Ministerpräsident Zhu Rongji, dessen Position nach dem Scheitern der WTO-Verhandlungen ins Wanken geraten war, feiert den endlich erzielten Abschluß der neuen Verhandlungsrunde mit den USA als einen Sieg. Der Beitritt zur WTO mit dem Status eines Entwicklungslandes birgt neue Chancen und neue Risiken. Der Reformdruck im Land wird zunehmen und sich sowohl in schmerzlichen als auch in heilsamen Anpassungen bemerkbar machen. Die inneren Spannungen zwischen Reformanhängern und Reformgegnern werden wachsen.

Japan

Neues Wachstum?

Die zunächst als leichte Schrumpfung erwartete Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten im Fiskaljahr 1999/2000 hat inzwischen einem leichten Wachstum Platz gemacht. An der sich ausbreitenden guten Stimmung ist viel Hoffnung und wenig realer Fortschritt beteiligt. Eine Basis für einen sich selber tragenden Aufschwung ist jedenfalls noch nicht erkennbar. Die Binnennachfrage reicht dafür nicht aus (hier macht sich die zunehmende Arbeitslosigkeit bemerkbar), und die Exporte leiden unter der zeitweiligen Yen-Stärke gegenüber dem Dollar (weniger als 110 Yen je Dollar). Ein Teil der Ausfuhrückgänge im Verhältnis zu den USA konnte durch vermehrten Export in die Nachbarstaaten ausgeglichen werden. Die Folgen insgesamt sind Überkapazität in der Industrie und Personalüberhang.

Der übermäßig verschuldete Staat verschuldet sich deshalb weiter, um ein (umgerechnet) 140-Mrd.-Euro-Konjunkturprogramm aufzulegen, das neunte der offiziellen Zählung. Begünstigt werden dieses Mal insbesondere kleinere und mittelgroße Betriebe, worin der beginnende Unterhauswahlkampf erkennbar ist. Wie man mit den lähmenden Wirkungen der enormen Staatsverschuldung zurechtkommen will, wenn das Wachstum nicht vorankommt, ist nicht zu erkennen. Eine »Fehlinvestition« dieser Größenordnung kann sich auch die zweitgrößte Industrienation der Erde nicht leisten.

Afrika

Ostafrika

Kriege und gute Ernten

Die Wirtschaften der ostafrikanischen Länder Kenia, Tansania und Uganda, die in der wiederbelebten East African Community (EAC) zusammenarbeiten, könnten ein gutes Stück vorankommen auf dem langen Weg in die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Ernten sind durchweg gut, so gut, daß die Weltmarktpreise etwas nachgeben und die sonst möglichen Verkaufserlöse schmälern. Das gehört zum normalen Risiko landwirtschaftlich ausgerichteter Volkswirtschaften.

Die Kriege zehren an den schmalen Budgets, Rüstungsgüter sind teuer. Die möglichen Erfolge werden außerdem durch Korruption und Selbstbedienung ge-

schmälert. Unternehmen werden dadurch in ihrer Entwicklung behindert, zum Teil fließen Entwicklungshilfegelder als privates Kapital ins Ausland. AIDS breitet sich aus; in Kenia wird im nächsten Jahr jeder Zehnte infiziert sein. Diese »Begleitumstände« stehen dem weiteren Fortschritt hauptsächlich im Weg, nicht so sehr die eigentlichen wirtschaftlichen Bedingungen.

Hinzu kommt, daß sich Südafrika deutlich absetzt von seinen nördlichen Nachbarn und im Export zunehmend erfolgreich ist – nicht zuletzt auch in Afrika selber, wo hier und da von einer Überschwemmung mit südafrikanischen Produkten die Rede ist. Entwicklungshilfe und Schuldenerlaß aber können nur begrenzt helfen, solange die Staatsführung nicht auf allen Ebenen von den genannten Lastern befreit ist.

Europa

Niederlande

Klein-Amerika?

Wie viel Konsumentenkredite die Niederländer aufnehmen, weiß die Finanzverwaltung ziemlich genau, denn die Zinsen darauf sind steuerlich absetzbar. Die seit drei Jahren anhaltende Hochkonjunktur läßt sich denn auch mühelos auf ein radikal gewandeltes Konsumverhalten zurückführen. Die traditionellen puritanischen Tugenden scheinen vergessen zu sein. Statt zu sparen, die Kleidung aufzutragen, die Autos so lange wie möglich zu fahren, scheinen jetzt eher amerikanische Verhaltensmuster angesagt zu sein. Immobilien werden belastet für Auslandsreisen und immer neue und größere Autos. Der Bestand an Hypothekarkrediten hat ein Volumen erreicht, das bei zwei Dritteln des Bruttoinlandsprodukts liegt. Fast 60% der neu aufgenommenen Darlehen sind nicht zweckgebunden und werden – da sie billiger als gewöhnliche Kredite zu haben sind – verstärkt zu konsumtiven Zwecken verwendet.

Die Folgen beschränken sich leider nicht auf respektable, wenn auch inzwischen fallende Wachstumsraten von 2,7% im Jahr 1999 und 2,5% im folgenden Jahr, sondern schließen wieder steigende Inflationsraten ein (2,3% im Jahr 1999, schätzt der Internationale Währungsfonds). Die Gewerkschaften sind dabei, ihre Lohnforderungen den neuen Verhältnissen (nach oben) anzupassen. Der Premierminister äußerte bereits öffentlich die Sorge eines möglichen dramatischen Umschlags, sollte das Wachstum ausbleiben. Der Außenhandel entwickelt sich zufriedenstellend, die Asien-Krise hat kaum spürbar auf die Ergebnisse durchgeschlagen, einen neuerlichen Umschwung der Binnennachfrage könnte er aber kaum ausgleichen.

Osteuropa

Breiter Wachstumskorridor

Ein positives Bild von der Entwicklung in Osteuropa zeichnet die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung («Osteuropabank»). Im nächsten Jahr werden in allen ehemaligen Ostblockstaaten, ausgenommen die Ukraine, positive Wachstumsraten erreicht, im Durchschnitt sollen es 3,2% sein. Für Jugoslawien werden keine Angaben gemacht. Die Unterschiede sind groß. Rußland ist nach den Rückgängen der letzten Jahre und der Stagnation in diesem Jahr immerhin mit 1% im Jahr 2000 wieder dabei.

Der Entwicklungsstand der Transformationsländer kommt in diesen Zahlen nur unzureichend zum Ausdruck, da die Ausgangswerte stark voneinander abweichen. Außerhalb der GUS werden die Wirtschaften Albanien (um 6,4%), Estlands und Polens (jeweils um 4,3% am stärksten wachsen, diejenige Rumäniens mit 0,4% am schwächsten. In der GUS liegen Armenien (mit 5,7%), Aserbaidschan (mit 5,4%) und Tadschikistan (mit 5,1%) an der Spitze, die Ukraine am unteren Ende (mit -0,1%).

Polen

Wirtschaftliche Erfolge, politische Altlasten

Betrachtet man die Transformation als einen Wettlauf um die EU-Mitgliedschaft, dann liegt Polen inzwischen unangefochten an der Spitze. Zur Würdigung der dafür zu erbringenden Leistungen lohnt es sich, Berichte zur Lage im Land durchzusehen, um festzustellen, woran es trotz allem noch hapert. Das unabhängige Institut World Audit sieht Polen auf Platz 29 auf einer Liste von 149 Staaten – noch vor Italien zum Beispiel. Das ist respektabel.

Bewertet wurde nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern der Stand der Rechtsentwicklung beziehungsweise der politischen und juristischen Praxis, deren Mindestanforderungen bekanntlich eine Grundvoraussetzung für den EU-Beitritt darstellen. Mängel sah das Institut vor allem im Verhalten der politischen Klasse, und das ist durchaus symptomatisch. Die Praxis der Korruption wird in dem Bericht ebenso beklagt wie die Mentalität der Selbstbedienung und der Versorgung durch bevorzugt zugeteilte Arbeitsplätze und Pensionsleistungen.

Der Umbau der Volkswirtschaft dagegen macht gute Fortschritte. In der Versorgung gibt es keine Engpässe beim Angebot mehr, die Nachfrage krankt allerdings an der Armut vieler, vor allem älterer Bürger. Die Zahlungsfähigkeit der anderen wird durch Konsumentenkredite verstärkt. Die Privatisierung und die allgemein attraktiven Bedingungen locken viel Kapital ins Land – mehr als in jedes andere in Mitteleuropa. In der Landwirtschaft, im Bergbau und in der Schwerindustrie steht freilich die Umstrukturierung überwiegend noch bevor, aber diese Prozesse sind in den entwickelten Staaten auch längst noch nicht abgeschlossen.

Ein Standardwerk neu vorgestellt

Anschriften für die Außenwirtschaft

Fachverlag Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln. Loseblattwerk in 2 Ordnern mit CD-ROM. Ca. 1500 Seiten. 198 DM (zur Fortsetzung). ISBN 3-87156-008-1

Der Umzug der Regierung und in ihrem Gefolge vieler diplomatischer Vertretungen und Spitzenverbände zeigt deutlich, wie schnell allein der Inlandteil eines Adreßbuches veraltet, wenn es nicht gepflegt wird. Die Form des Loseblattwerks ist prädestiniert für die Pflege.

Die Anschriften der Bundes- und Länderministerien, der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Deutschland, der Industrie- und Handelskammern sowie der Zweigstellen ausländischer Banken und Verbände in Deutschland stellen einen Schwerpunkt der Berichterstattung dar. Der andere umfaßt Auslandsanschriften deutscher Vertretungen, von Auslandshandelskammern, der Vertretungen deutscher Banken im Ausland und nicht zuletzt die Institutionen der Europäischen Union. Neben den Postanschriften werden Telekommunikationsdaten samt Homepage und E-Mail-Adressen sowie Stelleninhaber und zuständige Sachbearbeiter aufgeführt.

Für die komfortable Suche wird den Ergänzungslieferungen alle zwei Monate eine jeweils rundum aktualisierte CD-ROM beigelegt. Die CD-ROM-Ausgabe kann auch ohne das gedruckte Werk abonniert werden (Preis: 129,90 DM, ISBN 3-87156-259-9). Ebenfalls separat bezogen werden kann die Auskopplung: Diplomatische Missionen, konsularische Vertretungen (1 Band, ca. 750 Seiten, 98 DM mit CD-ROM, ISBN 3-87156-009-X), CD-ROM-Ausgabe ohne das gedruckte Werk: 89,90 DM (ISBN 3-87156-261-0).

Für Mailing-Zwecke sind die CD-ROM-Ausgaben nicht geeignet. Wer speziell an dieser Form der Nutzung interessiert ist, wende sich mit seinem Wunsch an den Verlag.

Außenwirtschaftsbrief 6/1999. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming, Köln, Dezember 1999: Deutscher Wirtschaftsdienst.